

Klimapolitik ist Klassenpolitik

Die Extremwetterereignisse der letzten Jahre machen deutlich, welche Ausmaße der Klimawandel bereits erreicht hat: Die 10 wärmsten Jahre seit Beginn der Wetteraufzeichnung lagen fast alle im 21. Jahrhundert. Extreme Hitze – bis zu 51,3 Grad in einem Ort in Algerien – und extreme Kälte, monatelange Trockenheit und sintflutartige Regenfälle und Überschwemmungen mit dramatischen Folgen für Landwirtschaft und Wälder nehmen zu. In Deutschland und anderen wohlhabenden Ländern könne sich die meisten Menschen davor schützen – trotzdem sind Tausende Tote auch hier die Folge. In den armen Ländern des globalen Südens sind nur reiche Minderheiten in der Lage, sich vor den Folgen des Klimawandels zu schützen. Nach Einschätzung der UNO sterben an den Folgen des Klimawandels jährlich 300.000 Menschen.

Hauptursache des Klimawandels ist die Verbrennung von Kohle, Erdöl und Erdgas, durch die riesige Mengen Kohlendioxid freigesetzt werden. Das ist seit mindesten vier Jahrzehnten bekannt. Ebenso lange ist bekannt, dass eine ungebremste globale Erwärmung weite Teile der Erde für Menschen unbewohnbar machen wird. Die 1992 abgeschlossene Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen fordert, „eine gefährliche anthropogene Störung des Klimasystems zu verhindern“. Es fanden inzwischen 24 Weltklimakonferenzen statt, die letzte in Katowice, Polen. Konkrete Maßnahmen waren und sind selten.

Deutschland, das sich viele Jahre als Vorreiter des Klimaschutzes darstellt, wird sein Ziel, die Emissionen gegenüber 1990 bis 2020 um 40% zu verringern, deutlich verfehlen. Von den vielleicht 32%, die erreicht werden, ist der größte Teil darauf zurückzuführen, dass die Industrien der DDR nach dem Anschluss plattgemacht wurden; danach kam nicht mehr viel.

Warum ist das so? Die Entwicklung der Kapitalismus basiert bis heute auf der Nutzung fossiler Energieträger. Etwa 30% der 500 größten Konzerne machen ihre Profite mit Kohle, Öl und Gas.

Dazu gehören die Ölkonzerne, Energiekonzerne wie E.on und RWE, Automobil- und Flugzeughersteller. Auch Tiefbaukonzerne und Zementhersteller verdienen prächtig daran. Es sind dieselben Konzerne, die Millionen Menschen unter unmenschlichen Bedingungen arbeiten lassen und sie bedenkenlos in die Arbeitslosigkeit entlassen, wenn es den Aktionären nützt und die nicht zögern, große Landstriche unbewohnbar zu machen (Ölkonzerne, Braunkohleabbau), wenn es ihren Profiten dient. Auch die Klimazerstörung ist eine Klassenfrage.

Wir haben es hier mit einer gewaltigen Zusammenballung von ökonomischer und politischer Macht zu tun. Konzerne diktieren den Regierungen ihre Agenda. Das konnten und können wir am Beispiel der Braunkohletagebaue studieren: RWE und andere lassen die Regierenden in NRW, in Brandenburg und in Sachsen für sich arbeiten, massenhafte gewalttätige Polizeieinsätze eingeschlossen. Es ist eine Schande, dass DIE LINKE in Brandenburg diese Politik mitträgt! Und die Bundesregierung setzt eine „Kohlekommission“ ein, die vorschlägt, dass Kohlekraftwerke mindestens bis 2038 weiterlaufen sollen – wie viele Tausend Tote, wie viele Millionen Vertriebene wollen diese Herrschaften dafür in Kauf nehmen? Und auch die Folgen im eigenen Land sind beträchtlich: Aus fruchtbaren Gegenden werden Mondlandschaften, Tausende werden aus ihren Dörfern vertrieben, die Emissionen von Schwermetallen, Feinstaub usw. schädigen die Gesundheit von Millionen Menschen.

Bewegungen wie „Ende Gelände“ und zahlreiche Initiativen in den Abbaugebieten zeigen uns: Es reicht nicht, Beschlüsse für Klimaschutz zu fassen, es reicht nicht, in Parlamenten Anträge zu stellen. Wie schon die Stilllegung von acht Atomkraftwerken nur durch eine wirkliche Massenbewegung durchgesetzt werden konnte, wird auch die Stilllegung der Kohlekraftwerke, allen voran der Braunkohlekraftwerke, nur durch den massiven Druck einer großen Bewegung von unten durchzusetzen sein. Aufgabe einer sozialistischen Partei ist, diese Bewegungen aktiv zu unterstützen. Überall, wo sich Menschen gegen die lebensfeindliche, zynische Politik der Energie- Auto- und

Flugzeugkonzerne wehren, verdienen sie unsere aktive Unterstützung! Nur wenn es gelingt, die Macht dieser Konzerne einzuschränken und schließlich zu überwinden, kann die Klimakatastrophe verhindert werden.

"Wie auch immer wir die Daten hin und her wenden, wir haben nur ein Jahrzehnt, um die CO₂-Wende zu schaffen und die Menschen noch vor den größten Risiken des Klimawandels zu schützen. Doch was die Politik gegenwärtig an Maßnahmen auf den Tisch legt, reicht bislang nicht einmal zur Einhaltung der Zwei-Grad-Grenze von Paris. Ein Grad Erwärmung haben wir global bereits verursacht - und wir sind auf dem Weg zu 4 Grad bis Ende des Jahrhunderts, wenn wir jetzt nicht handeln." (Johan Rockström, Direktor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung .

Diese Erkenntnisse gelten auch für Hamburg, eine der reichsten Metropolen in Europa. Über Klimaschutz wird viel geredet, aber es wird wenig getan. Wir brauchen aber eine Kultur der Schadstoffvermeidung.

- Statt den öffentlichen Nahverkehr rasch auszubauen und die Preise zu senken, steigen diese jedes Jahr.
- Statt große Dachflächen systematisch für die Gewinnung von Wärme und Strom aus dem Sonnenlicht zu nutzen, wird Dachbegrünung gefördert. Gut für die grüne Seele – schlecht fürs Klima.
- Statt die energetische Sanierung von Gebäuden so zu organisieren, dass die Ergebnisse unabhängig überprüft und die Kosten von den Hauseigentümern und der Gesellschaft getragen werden, dürfen Wohnungskonzerne daraus ein glänzendes Geschäft machen.
- Statt seit Jahren auf dem Tisch liegende Vorschläge für einen zügigen Ausstieg aus Kohle und mittelfristig auch aus Erdgas in der Wärme- und Stromerzeugung umzusetzen, will die grün geführte Behörde für Umwelt und Energie (BUE) immer noch eine Fernwärmetrasse unter der Elbe bauen, die unter einer anderen Senatskoalition schnell zum Anschluss des Steinkohle-Heizkraftwerks Moorburg an das Fernwärmenetz führen kann.

Die Vernachlässigung des Klimaschutzes in Hamburg und anderswo hat globale Folgen. Die Folgen des Klimawandels sind in zunehmendem Maße Ursachen für Verarmung, Vertreibung, Verfolgung und viele Tote. Konkret: Das Festhalten an fossilen Energieträgern bei Energieversorgung und Verkehr verarmt, vertreibt und tötet.

37,5% des Stromverbrauchs, aber nur knapp 17% des gesamten Energieverbrauchs stammt aus erneuerbaren Energien. Die Energie für Wärme wird ganz überwiegend aus Kohle und Erdgas und für den Verkehr zu über 90% aus Erdöl gewonnen. Deshalb muss vor allen in diesen Bereichen der Verbrauch drastisch gesenkt und die Nutzung erneuerbarer Energien vorangetrieben werden, um eine Klimakatastrophe zu verhindern.

Bürgerschaft und Senat dürfen nicht länger die Interessen von E.on und Vattenfall, von Auto- und Baukonzernen und von großen Wohnungsbauunternehmen zum Maßstab ihres Handelns machen. Statt Symbolpolitik zu betreiben (Dachbegrünung, „Hamburg wird Fahrradstadt“), müssen sie endlich die Interessen der Menschen – in Hamburg wie im globalen Süden – zum Maßstab ihres Handelns zu machen.

Für DIE LINKE ist entscheidend, strategische Perspektiven zu entwickeln. Und das heißt bei allen Fragen von Stadtentwicklung, Ökologie und Ökonomie: Ohne Planung, mit der wir sowohl die Emissionen senken, aber auch uns an intensivere Extremwetterereignisse anpassen, geht es nicht.

Wir fordern die Aufstellung verbindlicher Raumnutzungspläne und die Aufstellung eines

Generalverkehrsplans für die Metropolregion, die Stadt und die Bezirke. Klimaschutz, ausreichende Wohnraumversorgung, eine ökologische und soziale Verkehrsentwicklung, eine soziale und

ökologische Entwicklung der Wirtschaftsstruktur – alles das muss integriert entwickelt werden, unter ernsthafter Beteiligung der Bevölkerung.

Das ist seit Jahrzehnten bekannt und es wird trotzdem nicht umgesetzt.

Die Gliederungen und Fraktionen der LINKEN setzen sich für die Forderungen dieses Antrages in ihrer Arbeit ein. Die Abschnitte „Neue Gebäude“ und „Energetische Verbesserungen bestehender Gebäude“ werden insbesondere in der wohnungspolitischen Kampagne berücksichtigt. Der Stadtstaat Hamburg kann vor allem in folgenden Bereichen für die Reduzierung von Treibhausgasen sorgen:

Verkehr

Die Emissionen des motorisierten Individualverkehrs (MIV) sind seit 1990 nicht gesunken. Beim Flugverkehr haben sie sich seit 1990 verdoppelt und beim LKW-Verkehr sind sie 20% höher als 1995.

Gebäude

75% des Energieverbrauchs von Privathaushalten wird für das Heizen aufgewendet. Veraltete Heizungssysteme, eine schlecht gedämmte Gebäudehülle und fehlerhaft ausgeführte energetische Sanierungsmaßnahmen führen zu unnötigem Energieaufwand und unzumutbaren Kosten für die Mieter*innen.

Energieversorgung

In Hamburg wurde 2016 über 80% des Stroms und über 60% der Wärme aus Steinkohle gewonnen. Ein rascher Ausstieg aus der Kohle und mittelfristig auch aus dem Erdgas ist zwingend geboten.

Flächenfrass

Böden dienen als CO₂-Speicher und der Erhalt dieses Speichers ist für das Klima ein Baustein. Die zunehmende Bodenversiegelung ist daher klimapolitisch kontraproduktiv.

Verkehr in der Stadt

DIE LINKE will eine Verkehrspolitik im Interesse der Menschen und nicht der Autokonzerne. Dazu gehört die Reduzierung des Autoverkehrs zugunsten von Fuß- und Fahrradverkehr und ÖPNV. Das Leitbild hierbei soll von dezentralen Strukturen, einfacher Mobilität für alle Menschen und kurzen Wegen geprägt sein. Dadurch können die Emissionen von Lärm, krankmachenden Abgasen und Kohlendioxid (CO₂) verringert und die Lebensqualität in der Stadt gesteigert werden.

- Hamburg baut den ÖPNV zu Lasten des Autoverkehrs aus. Dafür sind auch neue Systeme erforderlich, wie eine moderne Stadtbahn (Straßenbahn). Den Busverkehr wollen wir schnellstmöglich durch den Einsatz von Oberleitungsbussen elektrifizieren. Weite Teile der Innenstadt und von bezirklichen Zentren werden zu verkehrsberuhigten Zonen.
- Mobilität muss für alle erschwinglich sein. Die ÖPNV - Preise werden kontinuierlich gesenkt mit dem Ziel einer kostenlosen Nutzung des ÖPNV. Im ersten Schritt wird das „Wiener Modell“ eingeführt: Eine Jahreskarte für 365€, für Schüler*innen, Rentner*innen und Bezieher*innen von Transfereinkommen kostenfrei.
- Die Förderung von Fuß- und Radverkehr bekommt absoluten Vorrang bei der Neuverteilung des Straßenraums. Die Möglichkeit der Mitnahme von Fahrrädern in U- und S-Bahnen wird deutlich erweitert. Ebenso die Möglichkeit, Fahrräder an Bahnhöfen abzustellen.

- Hamburg weit wird Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit festgelegt. Autobahnen sind hiervon ausgenommen. Damit wird die Verkehrssicherheit erhöht und gleichzeitig die Belastung durch Lärm und Abgase reduziert.
- Elektroautos sind keine Alternative. Sie fahren überwiegend mit Kohle- und Atomstrom (Strommix BRD). Ihre Herstellung erfordert große Mengen seltener Rohstoffe, die Energiebilanz ist im Vergleich zum ÖPNV miserabel. Sie brauchen genauso viel (Abstell-) Fläche wie herkömmliche Pkws. Nur für wenige spezielle Nutzungen sind E-Autos sinnvoll.
- Die Stadt setzt sich dafür ein, dass die steuerliche Absetzbarkeit von Dienstwagen abgeschafft wird.

Luftverkehr

Der Luftverkehr wächst rasch und ist besonders umweltschädlich. Flugzeuge emittieren nicht nur CO₂, sondern auch Wasserdampf. Dadurch sind ihre Emissionen drei bis fünf Mal so schädlich wie die Emissionen von Verbrennungsmotoren am Boden.

- Die Stadt kauft den privatisierten Teils des Flughafens (49%) zurück.
- Die Klimagas- und Lärmemissionen des Flughafens Hamburg müssen reduziert werden. Das Nachtflugverbot ist auf 22.00 Uhr vorzulegen und unbedingt einzuhalten. Wir unterstützen die Ziele der Volkspetition „Nachts ist Ruhe“ zur Einhaltung und Ausweitung des Nachtflugverbots.
- Am Flughafen sind lärm- und emissionsabhängige Landeentgelte so zu erhöhen, dass sie eine lärm- und emissionsmindernde Wirkung entfalten. Die zusätzlichen Einnahmen werden für ÖPNV, Fuß und Radverkehr verwendet.
- Hamburg setzt sich für ein Verbot von Inlandsflügen und Auslandsflügen unter 600km ein. Im ersten Schritt werden diese Flüge von Förder- und Subventionsprogrammen für neue Strecken ausgeschlossen.

Neue Gebäude

- Neubau ist nicht immer die beste Lösung! Immer mehr für Natur und Klima wichtiger Boden wird versiegelt. Notwendig ist: Leerstand bekämpfen, vorhandenen Wohnraum bezahlbar machen und bestehende Gebäude aufwerten und so nutzbar machen. Das Konzept der wachsenden Stadt, mit dem ausschließlich gutverdienende Familien nach Hamburg gelockt werden sollten, lehnen wir ab. Wir wollen eine maßvolle Verdichtung der Innenstadt und reicher Stadtteile, um dringend notwendigen bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, statt ökologisch wichtige Flächen mit Beton zuzuschütten und der Biodiversität und der Lebensqualität zu schaden. Für alle Neubau- und größeren Umbaumaßnahmen ist eine Energiebilanz zu erstellen. Insbesondere die Zementproduktion ist einer der größten CO₂-Verursacher weltweit. Wir erwarten nachhaltige Schritte zur Reduktion der CO₂-Emissionen durch Bauprojekte. Dadurch kann auch die Entstehung weiterer armer Quartiere am Rand mit schlechter Anbindung an die Stadt vermieden werden.
- In Hamburg werden Wohnungen mindestens im Niedrigstenergiestandard gebaut. Geeignete Dachflächen sollen für solarthermische Anlagen genutzt werden, die der Warmwasserbereitung und der Heizungsunterstützung dienen. Dadurch nicht genutzte Dachflächen sollen für Photovoltaik genutzt werden, wenn dies möglich ist.
- Öffentliche Gebäude werden im Passivhausstandard errichtet. Auch hier sollen geeignete Dachflächen für Solarthermie und, wo das nicht zweckmäßig ist, für Photovoltaik genutzt werden.

- Neue Quartiere werden ans Fernwärmenetz oder ein örtliches Nahwärmenetz angeschlossen, das regenerative Wärmequellen vor Ort nutzt (Solarthermie, Abwärme u. a.).
- Für neue Wohnungs- und gewerbliche Bauprojekte kann die Nutzung von Solarthermie für die Wärmegewinnung vorgeschrieben werden. Wo dies nicht sinnvoll ist, kann Photovoltaik genutzt werden.

Energetische Verbesserungen im Gebäudebestand

75% des Energieverbrauchs in Privathaushalten entfällt auf Heizung und Warmwasserbereitung. Die energetische Verbesserung von Gebäuden ist deshalb von herausragender Bedeutung. Die energetische Sanierung liegt seit Jahren nur bei ca. einem Prozent.

- Die energetische Sanierung im Bestand muss energisch vorangetrieben, die Sanierungsrate auf das Fünf- bis Zehnfache angehoben werden.
- Die Qualität energetischer Sanierungsmaßnahmen muss von unabhängiger Seite überprüft werden.
- Die Kosten für die Mieter*innen dürfen die Einsparungen bei den Heizkosten nicht übersteigen. Die Hälfte der Kosten sollen die Eigentümer tragen, weil die energetische Sanierung zu einer Wertsteigerung führt. Der Rest ist durch öffentliche Förderung zu übernehmen, denn Klimaschutz ist eine Aufgabe der ganzen Gesellschaft.
- Gebäude der Stadt Hamburg und ihrer Unternehmen werden vorbildlich energetisch saniert und großflächige, geeignete Dachflächen für solarthermische und Photovoltaik-Anlagen genutzt.

Energieversorgung

„Senat und Bürgerschaft unternehmen fristgerecht alle notwendigen und zulässigen Schritte, um die Hamburger Strom-, Fernwärme- und Gasleitungsnetze 2015 wieder vollständig in die Öffentliche Hand zu übernehmen. Verbindliches Ziel ist eine sozial gerechte, klimaverträgliche und demokratisch kontrollierte Energieversorgung aus erneuerbarer Energie“ legt der Volksentscheid vom 22.9.2013 fest. Das heißt auch: Fernwärmenetze, die früher zu den HEW gehörten und die Hamburg mit diesen verkauft hat, müssen dem Volksentscheid entsprechend zurückgekauft werden.

In Hamburg wird über 80% des Stroms und über 60% der Wärme aus Steinkohle gewonnen.

Ein rascher Ausstieg aus der Kohle und mittelfristig auch aus dem Erdgas ist zwingend erforderlich.

- Hamburg muss bis 2025 aus der energetischen Kohlenutzung aussteigen, soweit die Stadt dies beeinflussen kann. Bürgerschaft und Senat übernehmen die Forderungen der Volksinitiative „Tschüss Kohle“ vollständig.
- Als Ersatz für das alte, dreckige und störanfällige Heizkraftwerk in Wedel, das den Hamburger Westen mit Fernwärme versorgt, werden Anlagen im Stelling Moor auf den Flächen der Stadtreinigung und von Hamburg Wasser gebaut. Der Ersatz soll so schnell wie möglich erfolgen. Dabei sind Anlagen zu bevorzugen, die ohne fossile Energieträger auskommen. Die Stadt stellt zugleich sicher, dass die Fernwärmepreise nicht über die normale Preissteigerung hinaussteigen.
- Eine Fernwärmeleitung unter der Elbe lehnt DIE LINKE ab. Die als Ersatz für das alte Heizkraftwerk in Wedel südlich der Elbe geplanten Anlagen bieten keine ökologischen Vorteile, sind aber sehr teuer. Die Kosten dafür und für die Trasse müssten letztlich die Menschen bezahlen, die mit Fernwärme heizen. Außerdem könnte eine Elbtrasse nach der Bürgerschaftswahl zu einer Moorburgtrasse verlängert werden, durch die das Steinkohlekraftwerk Moorburg seine Wärme verkauft.

LNG

LNG (verflüssigtes Erdgas) wird als „Brückentechnologie“ für die Ablösung von Erdöl propagiert. Wir sehen, dass die Schadstoffemissionen dadurch am Ort der Verwendung von LNG reduziert werden können. Insbesondere bei Schiffsantrieben ist dies derzeit im großtechnischen Maßstab die einzig zur Verfügung stehende Alternative zu Öl. LNG wird aber weltweit, insbesondere in den USA, mit Fracking gewonnen. Der Methanschlupf durch diese Förderung schädigt das Klima stärker als Braunkohle oder erdölbasierte Kraftstoffe dies tun.

Wir lehnen die Nutzung von LNG aus einer Förderung per Fracking ab

Gefracktes LNG soll in Hamburg durch öffentliche Unternehmen und im Hafen nicht eingesetzt werden. Dazu ist eine Kennzeichnungspflicht einzuführen.